

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer – Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 10.01.2013 zum Haushalt 2013

„Auch ich möchte mich vorab bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Neubert und dem Landrat für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Haushalt ist vom Landrat ausführlich dargestellt worden. Deshalb möchte ich mich bei meinen Ausführungen auf wenige Aspekte beschränken und mich kurz fassen.

Zum Haushalt

Uns geht es finanziell gut.

Auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der dadurch steigende Steuereinnahmen erhalten wir erheblich höhere Zuweisung aus dem FAG. Hinzu kommt, dass die außerordentlich gute Entwicklung der Städte und Gemeinden bei den Steuereinnahmen uns über die Kreisumlage erheblich mehr Mittel in die Kasse spült (ca. 6 Mio mehr). So kann der Landkreis in diesem Jahr laut Plan über 9 Mio. Überschuss erwirtschaften.

Dem stehen natürlich entsprechende Investitionen gegenüber.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel in den schulischen Bereich investiert. Das war richtig und wichtig, weil es sich dabei um Investitionen in die Zukunft handelt. Die voraussichtlich letzte größere Neubaumaßnahme steht in diesem Jahr an der BBS-Technik in Friesoythe an. Die dringend notwendige Sanierung und Erweiterung der BBS am Scheefenkamp kann nach mehreren Verzögerungen endlich beginnen. Entsprechende Mittel sind im Haushalt 2013 bereitgestellt.

Ein zweiter Bereich, in denen wir in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht haben, ist der Bereich der Kinderbetreuung. Die Förderprogramme zum Bau und zum Betrieb von Kinderkrippen zeigen Wirkung. Auch in unserem ländlich strukturierten Raum steigt die Nachfrage nach Betreuungsangeboten. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Bereich der Hortplätze, der Ferienbetreuung und der Nachmittagsbetreuung nachlegen, zumal ab August 2013 ein Rechtsanspruch auf eine Krippenplatz besteht. Wir haben zwar die ersten Beschlüsse in dieser Richtung gefasst durch die Beschlüsse zur Finanzierung von Krippenplätzen und der Bezuschussung der Drittkraft in den Gruppen, trotzdem wird schon jetzt deutlich, dass die derzeitigen Krippen ausgelastet sind und wir bei der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen Probleme bekommen werden.

Unsere Arbeit für Kinder darf sich aber nicht auf die „normale“ Betreuungsaufgabe beschränken. Die Erfahrung zeigt, dass auch bei uns in den Familien immer mehr Probleme auftreten. Wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft noch mehr engagieren müssen. Wenn es uns nicht gelingt durch frühzeitige Hilfen eine Trendwende herbeizuführen, werden uns später die negativen Auswirkungen überrollen. Wir werden mehr investieren müssen in Prävention, die Integration von Bürgern mit ausländischen Wurzeln und damit auch umfassender in die Erziehungs- und Familienberatung und in die Betreuung und Begleitung von Schülern und Jugendlichen, damit diese ihren Lebensunterhalt mit einer qualifizierten Arbeit verdienen werden können.

Die hier entstehenden Kosten für frühzeitige Hilfe sind wesentlich niedriger als die anfallenden Kosten, die dann entstehen, wenn es schief gelaufen ist. Wir als Kreis stehen in der Verantwortung für unsere Bevölkerung und dürfen nicht die Zuständigkeit möglichst auf das Land und den Bund schieben wollen. Hier vor Ort bilden wir die Fachkräfte aus, die

unsere florierenden Betriebe benötigen, also müssen wir vor Ort uns um die zukünftigen Erwachsenen kümmern.

Lassen Sie mich im nächsten Punkt auf die Personalentwicklung des Landkreises eingehen.

Das Personal des Landkreises hat sich in den letzten 20 Jahren auf über 280 Bedienstete mehr als verdoppelt. Das lässt sich nicht mit dem Anstieg der Bevölkerung oder mit der Auflösung der Bezirksregierung erklären, oder auch mit der Zunahme der Aufgaben im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Diese Entwicklung hat ihre Hauptursache in der Verbürokratisierung unserer Gesellschaft und im gesellschaftlichen Wandel, was den Sozialbereich betrifft. Wir wissen natürlich auch, dass sich die Kreisverwaltung dem nicht ganz entziehen kann. Um aber Aufgaben möglichst wohnortnah erledigen zu können, sollten wir unseres Erachtens über die bisher schon Beschlossenen weitere Verlagerungen von Aufgaben auf die Kommunen ins Auge fassen.

Auch sollten wir weiterhin externe Prüfungen der Organisationsstruktur für einzelne Ämter durchführen lassen, um die Effektivität der Verwaltung zu erhöhen.

Was die Schaffung von zusätzlichen Büroräumen angeht, haben wir als SPD-Fraktion den in diesem Haushalt veranschlagten Anbau ans Kreishaus mitgetragen. Wir haben dabei beim Architektenwettbewerb großen Wert darauf gelegt, dass die Kosten-Nutzen-Relation möglichst günstig ist. Wir werden auch im Bauausschuss darauf achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Begrüßenswert ist, dass beim Bauvorhaben ein Blockheizkraftwerk und Photovoltaikanlagen mit installiert werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Straßenbau sagen.

Die Planfeststellung zum vierstreifigen Ausbau der E233 läuft. Vom Grundsatz her war für die SPD-Fraktion immer klar, dass ein Ausbau dieses Nadelöhrs erfolgen muss. Dies entspricht sowohl den Interessen der Nutzer der Straße, der heimischen Wirtschaft aber durch Trassenumlegung und Lärmschutz den Interessen der Anlieger. Dabei hatten wir ein dreistreifigen Ausbau favorisiert, der sich aber nicht umsetzen ließ. Bauchschmerzen bereitet uns nach wie vor dabei die Übernahme eines Teils der Planungskosten durch den Landkreis. Hier haben sich Bund und Land, die diese Kosten hätten schultern müssen, aus der Verantwortung gestohlen. Wir hoffen, dass für einen späteren Ausbau nicht noch weitere Forderungen erfüllt werden müssen und dass dann auch angesichts leerer Kassen beim Bund der Ausbau in Angriff genommen wird und zwar in dem durch die Planfeststellung vorgegebenen engen Zeitrahmen, damit unsere finanzielle Unterstützung für die Planung nicht umsonst war.

Wir sind zudem froh darüber, dass wir im Haushalt 2013 wird mehr Geld für den Straßenbau vorgesehen haben, das Straßenverbreiterungsprogramm wird wieder aufgelegt und wir investieren mehr in Radwege- und Straßensanierung, um den Sanierungsstau zu beheben.

Lassen Sie mich noch zwei Themenbereiche ansprechen, die uns im Landkreis in den letzten Monaten beschäftigt haben und die uns in kommenden Monaten noch beschäftigen werden.

In der Presse lesen wir seit Wochen täglich Meldungen zur prekären finanziellen Situation des Krankenhausverbundes KKOM und Spekulationen über mögliche Strukturveränderungen im Verbund.

Unser Ziel als SPD-Fraktion und ich glaube auch unser aller Ziel ist es, Schließungen von Krankenhäusern zu verhindern, Arbeitsplätze zu erhalten und eine wohnortnahe Patientenversorgung sicher zu stellen.

Zunächst muss man aber die Gründe für die Misere kennen. Für uns sind dabei zwei Gründe maßgebend.

Da ist zunächst die Gesundheitspolitik auf Bundes- und Landesebene.

Hier werden für uns falsche Prioritäten gesetzt. Da steht Größe und Zentralität vor allem anderen. Der Patient verkommt zur Nummer. Ziel der Bundesregierung ist es (so der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion Herr Spahn) kleine Häuser wegzurationalisieren. Das geht eindeutig zu Lasten der Patienten. Apparatedizin geht vor Pflege, Schnelligkeit vor Gründlichkeit, Geld vor Zeit. Wirtschaftlichkeit steht über allem. Für uns ist es ein schlechter Witz, dass Kliniken für gleiche Leistungen unterschiedliche Fallwerte aushandeln können.

Unsere Gesellschaft wird sich fragen lassen müssen, ob sie diese Entwicklung in Zukunft so will. Sicher muss unser System finanzierbar bleiben, aber die Frage wird man stellen müssen, ob Wirtschaftlichkeit im Gesundheitssystem wirklich alles ist oder ob nicht der Patient im Mittelpunkt stehen muss.

Geld ist derzeit im System genügend vorhanden und bevor wir über gesetzliche Beitragssenkung diskutieren, wie es die FDP propagiert oder über freiwillige Gehaltsverzichte von Ärzten für den Pflegebereich, wie die CDU vorschlägt oder für die Abschaffung der Praxisgebühr eine Solidarbeitrag für Krankenhäuser vorschlägt (FDP Lönigen), sollte wir uns überlegen, ob nicht das mehr an Geld, das bei den Kassen und im Gesundheitsfond lagert, in das System fließen muss.

Die wirtschaftlichen Reserven der Krankenhäuser sind ausgeschöpft. Wer per Krankenhausfinanzierungsgesetz festlegt, dass bei einer über 4-prozentigen Steigerung der Kosten insbesondere durch tariflich bedingte Ausgaben eine maximale Steigerung von 2% der Fallwertpauschale festlegt, muss sich fragen lassen, ob dies zu verantworten ist.

Und die Bundespolitiker, die hier vor Ort Krokodilstränen weinen und die Schuld auf die Krankenkassen schieben, müssen sich fragen lassen, ob es nicht an der Zeit ist politisch in Berlin aktiv zu werden und das Krankenhausfinanzierungsgesetz zu ändern, um für die Krankenhausfinanzierung eine solide Basis zu schaffen.

Aber trotz dieser engen Finanzierung haben im vergangenen Jahr 60 % der Krankenhäuser, übrigens auch sehr viele kleine Häuser, schwarze Zahlen geschrieben.

Die zweite Ursache für die finanzielle Misere der KKOM muss also hausgemacht sein. Es ist das eklatante Missmanagement der Geschäftsleitung insbesondere im Krankenhaus Cloppenburg, das gekennzeichnet ist von falscher Personalpolitik. Zu viele hoch dotierte Chefarztposten, zu hohe Kosten für Honorarärzte, mangelhafte Vertragsgestaltung, die zu einer zu hohen Kostenstruktur führen, zählen zu den Ursachen. Es kann doch nicht sein, dass Mitarbeiter, die durch personelle Einsparungen insbesondere im Pflegebereich und weiter zunehmende Bürokratie am Limit arbeiten mit ihrem Weihnachtsgeld Millionen schwere Abfindungen für Ärzte finanzieren müssen.

Hinzu kommen in Cloppenburg bauliche Mängel und eine innere Organisation, die von vielen Patienten negativ beurteilt wird.

Die Verantwortung dafür trägt die Geschäftsleitung, die heute noch zum größten Teil mit einer Ausnahme im Amt ist. Einen Geschäftsführer von seinen Aufgaben zu entbinden reicht u.E. nicht aus. Es muss ein Neuanfang her.

Dabei darf sich die Kirche natürlich finanziell nicht aus der finanziellen Verantwortung stehlen. Sie trägt den größten Teil der Verantwortung für das finanzielle Desaster ihrer Häuser. Man muss sich natürlich in diesem Zusammenhang auch fragen, ob die Kuratorien und Aufsichtsräte, die ja größtenteils aus CDU-Politikern und kirchlichen Würdenträgern bestehen, ihrer Aufsichtspflicht gegenüber der Geschäftsleitung gewissenhaft genug nachgekommen

sind.

Ein weiterer Punkt, der die öffentliche Diskussion der letzten Monate bestimmt hat, ist die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Werkverträgen insbesondere in der Fleisch verarbeitenden Industrie arbeiten.

Hier zeigt sich die Schattenseite des wirtschaftlichen Aufschwunges in der Region. Der wirtschaftliche Aufschwung der Agrarindustrie und anderer Betriebe ist in Teilen der Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmer geschuldet. Deutschland verkommt zum Billiglohnland. Während in Dänemark in der Fleisch verarbeitenden Industrie Mindestlöhne von 17,- € vereinbart sind, schufteten in Niedersachsen unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen Arbeiter für unter 5,- €.

Das sind Gründe, weshalb Betriebe wie z. B. Danisch Crown nach Deutschland kommen. Diese moderne Sklaverei, sowie prekäre Arbeitsverhältnisse und die ständig steigende Zahlen von Minijobs führen dazu, dass immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze rutschen und die Schere zwischen arm und reich weiter aufgeht.

Das einzige probate Mittel, die Situation etwas zu entschärfen ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes von mindestens 8,50 €. Wenn jemand 40 Stunden arbeitet, muss er davon leben können. Leider ist die Einführung bisher immer an der schwarz-gelben Bundesregierung gescheitert. Wir hoffen, dass die zaghafte Lippenbekenntnisse zum Thema Mindestlohn von Seiten örtlicher CDU-Vertreter den Wahltag überdauern und umgesetzt werden.

Ein weiteres Problem, das unmittelbar den Landkreis als Aufsichtsbehörde betrifft, ist die Unterbringung der ausländischen Arbeitnehmer. Es ist seit Jahren bekannt, dass viele unter menschenunwürdigen Verhältnissen auf engstem Raum hausen und durch horrenden Mietzahlungen ausgebeutet werden.

Der Landkreis darf sich nicht hinter irgendwelchen Verordnungen für Wohnheime verstecken, sondern muss das Problem offensiv angehen. Wenn man die Presseberichterstattung der letzten Wochen verfolgt, scheint die Verwaltung diesen Weg auch gehen zu wollen.

Lassen Sie mich zum Schluss zur Kreisumlage kommen.

Die gute Finanzsituation des Landkreises weckt bei den Bürgermeistern wieder einmal Begehrlichkeiten. Sie fordern eine weitere Senkung der Kreisumlage. Dies kommt für uns derzeit nicht in Frage.

Zielsetzung für uns war und ist es, am Ende des Haushaltsjahres real ohne Nettoneuverschuldung auszukommen und evtl. sogar Schulden tilgen zu können. Denn wann, wenn nicht in finanziell guten Zeiten, soll man Schulden tilgen.

Da im Haushaltsplanentwurf eine Nettoneuverschuldung von 5,3 Millionen vorgesehen ist, ist für die Senkung der Kreisumlage kein Platz. Diese Neuverschuldung ist für uns nur hinnehmbar, da der Schuldenstand des Landkreises seit Jahren sinkt und wir damit endlich unter dem Landesdurchschnitt bei der Verschuldung liegen. Zudem sind viele Ansätze des vergangenen Jahres im Nachtragshaushalt gestrichen und im Haushalt 2013 neu veranschlagt worden. Außerdem gehen wir davon aus, dass auch in diesem Jahr viele Ansätze nicht kassenwirksam werden, und somit die Nettoneuverschuldung deutlich reduziert wird.

Die SPD-Fraktion hat die Entscheidung über meisten Ansätze mitgetragen und stimmt somit auch dem Haushalt 2013 zu.“